

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

08.06.2026

Ausschussbetreuender Fachbereich

Gremien

Schriftführung

Saskia Anger

Telefon-Nr.

02202-142237

Niederschrift

Hauptausschuss

Sitzung am Mittwoch, 06.05.2026

Sitzungsort

Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 17:25 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 18.03.2026 - öffentlicher Teil**
0195/2026
- 4 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 **Sachstand Umsetzung der Kommunalen Wärmeplanung**
0294/2026
- 6 **Stellungnahme des Landesamts für Natur, Umwelt und Klima Nordrhein-Westfalen nach § 7 LWPG NRW zum ersten kommunalen Wärmeplan der Stadt Bergisch Gladbach**
0293/2026

- 7** **Änderung der Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergische Gladbach Teil II: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kinder im 6. - 10. Lebensjahr**
0094/2026

- 8** **Änderung der Zuständigkeitsordnung, hier: § 13 Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration**
0266/2026/1

- 9** **Anträge der Fraktionen**

- 10** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

- 10.1** **Schriftliche Anfragen**

- 10.1.1** **Schriftliche Anfrage der Bürgerpartei GL vom 23.04.2026 (eingegangen am 23.04.2026) zum Thema "Rechtswidrige Fußgängerzone Schloßstraße"**

- 10.2** **Mündliche Anfragen**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Kreutz eröffnet die 2. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Bergisch Gladbach in der XI. Wahlperiode und stellt fest, dass der Hauptausschuss ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Für die heutige Sitzung hätten sich Herr Buchen (CDU-Fraktion), Herr Kraus (CDU-Fraktion), Herr Dr. Engel (CDU-Fraktion), Herr Kochan (SPD-Fraktion), Herr Kirch (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Frau Scheerer (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Herr Schöpf (AfD-Fraktion), Herr Samirae (Ratsgruppe Bürgerpartei GL) und Herr Santillán (fraktionslos) entschuldigt, welche durch Herrn Habrunner (CDU-Fraktion), Frau Wasmuth (CDU-Fraktion), Frau Stauer (SPD-Fraktion), Frau Röhrig (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Frau Klupp (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Herrn Cremer (AfD-Fraktion) und Herrn Klein (Ratsgruppe Bürgerpartei GL) vertreten würden. Herr Klein (Ratsgruppe Bürgerpartei GL) nimmt ab 17:05 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö4) teil.

Von Seiten der Verwaltung habe sich Herr Dekker (VV II) entschuldigt. Herr Migenda (VV III) nimmt ab 17:11 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö5) teil.

Als Unterlagen der heutigen Sitzung benennt Herr Kreutz:

Die Einladung vom 15.04.2026 und die dazugehörigen Vorlagen sowie

als Tischvorlagen:

- die aktualisierte Anlage zur Tagesordnung mit den Beratungsergebnissen der vorbereitenden Ausschüsse und
- eine Anfrage der Ratsgruppe Bürgerpartei GL vom 23.04.2026 zu dem Thema „Rechtswidrige Fußgängerzone Schloßstraße“, die unter TOP Ö 10.1.1 behandelt wird sowie das dazu vorliegende Antwortschreiben der Verwaltung.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Kreutz stellt fest, ihm lägen keine schriftlichen Einwendungen vor; mündliche Einwendungen würden ebenfalls nicht erhoben. Dennoch enthalten sich drei Ratsmitglieder bei der Genehmigung der Niederschrift.

Damit gelte die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 18.03.2026 – öffentlicher Teil – als genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 18.03.2026 - öffentlicher Teil

0195/2026

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung zur Umsetzung der Beschlüsse zum Haushalt und Stellenplan

Herr Kreuzt erläutert, dass er kurz den Stand zur Umsetzung der Beschlüsse aus der vergangenen Ratssitzung zum Haushalt und zum Stellenplan darstellen wolle.

Der Rat habe entschieden. Die Verwaltung setze diese Beschlüsse um. Man tue das geordnet, nachvollziehbar und mit dem Ziel, die Handlungsfähigkeit der Stadtverwaltung zu sichern.

Zunächst zu den konsumtiven Sachaufwendungen. Die Verwaltung habe die Größenordnung ermittelt, die aufgrund der beschlossenen pauschalen Kürzung bei den konsumtiven Sachaufwendungen zu erwirtschaften sei. Nach derzeitiger Berechnung geht es um rund 1,3 Millionen Euro jährlich. Dieser Betrag sei entsprechend der Beschlusslage auf die Dezernate zu verteilen; die ausgenommenen Bereiche blieben dabei unberücksichtigt.

Die Dezernate würden derzeit konkrete Vorschläge erarbeiten, wie diese Einsparvorgaben umgesetzt werden könnten. Diese Vorschläge würden anschließend im Verwaltungsvorstand zusammengeführt und bewertet. Ziel sei nicht eine rein rechnerische Kürzung, sondern eine belastbare Umsetzung, die rechtlich, fachlich und organisatorisch tragfähig sei.

Der Kämmerer werde in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften weitere Einzelheiten zur Berechnungsmethode erläutern. Im kommenden Sitzungsturnus würden die Gremien des Rates detaillierter über den Umsetzungsstand informiert.

Die übrigen Haushaltsbegleitbeschlüsse würden den zuständigen Verwaltungsbereichen zugewiesen und dort strukturiert bearbeitet. Wie beschlossen, werde dem Rat im Oktober-Sitzungsturnus ein Zwischenstand vorgelegt.

Zum Stellenplan und zum Personalkostendeckel gelte Entsprechendes. Die politischen Vorgaben würden nun von der Verwaltung in konkrete Maßnahmen überführt. Einzelne Beschlüsse, etwa zum Stellenplan, könnten kurzfristig umgesetzt werden.

Der Personalkostendeckel erfordere dagegen eine umfassendere Prüfung und Steuerung. Die Verwaltung prüfe derzeit, welche personalwirtschaftlichen Maßnahmen erforderlich seien, um die Vorgabe einzuhalten und zugleich die Handlungsfähigkeit der Verwaltung zu sichern. Dabei werde es nicht ausreichen, nur die bereits vorgesehenen dezentralen Instrumente fortzuführen. Es werde zusätzliche zentrale Vorgaben geben müssen.

Auch hier gelte: Die Verwaltung werde die Auswirkungen sorgfältig prüfen, bevor man abschließend berichte. Es wäre unseriös, heute konkrete Maßnahmen zu benennen, bevor die fachlichen, finanziellen und organisatorischen Folgen bewertet seien.

Sein Ziel sei klar: Die Verwaltung setze die Beschlüsse des Rates um. Man tue dies transparent, geordnet und mit Blick auf die Leistungsfähigkeit der Verwaltung. Dort, wo Einschnitte Auswirkungen auf Aufgaben, Standards oder zeitliche Abläufe haben können, würde man das offen darstellen. Der Rat werde auf dieser Grundlage die notwendigen Informationen erhalten.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung des Bürgermeisters zur Kenntnis.

5. Sachstand Umsetzung der Kommunalen Wärmeplanung *0294/2026*

Herr Henkel erläutert, dass er eine Frage zur Maßnahme Nr. 5 der Mitteilungsvorlage (Controlling-Konzept) habe. Man habe hierzu beschlossen, dass eine Software beschafft werde. Nun sollen in der Umsetzung hierzu Kennzahlen entwickelt werden. Er fragt an inwieweit es hier geplant sei die Politik beim Ableiten der Kennzahlen einzubinden.

Frau Russell antwortet, dass man momentan zunächst die digitale IT-Sicherheit dieser Software überprüfe. Die Kennzahlen, welche man dort erheben wolle, seien abgeleitet aus der Wärmeplanung. Es sei dort nicht geplant andere Kennzahlen umzusetzen.

Frau Meinhardt fragt, mit welchen der gelisteten Maßnahmen sich momentan am meisten beschäftigt würde.

Frau Russell antwortet, dass der Sachstandsbericht so aufgebaut sei, dass die priorisierten Maßnahmen oben stehen würden. Die größte personelle Kapazität stecke man momentan in die Machbarkeitsstudie der neuen Wärmenetze nach der BEW.

Herr Henkel erkundigt sich, warum man die IT-Sicherheit dieser Software überprüfen müsse. Diese sollte von vorneherein gewährleistet sein.

Frau Russell antwortet, dass dies eine formelle Prüfung sei, wozu diverse Gespräche stattfinden würden.

Frau Meinhardt fragt nach, ob die Stadtverwaltung Zahlen über Abmeldung von Gasanschlüssen von der Belkaw erhalte.

Frau Russell antwortet, dass diese Zahlen schwer zu erheben seien und man sich darauf momentan nicht fokussiere. Allerdings würden die Zahlen später im Rahmen der Machbarkeitsstudie eine Rolle spielen und vermutlich dementsprechend erhoben.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

6. Stellungnahme des Landesamts für Natur, Umwelt und Klima Nordrhein-Westfalen nach § 7 LWPG NRW zum ersten kommunalen Wärmeplan der Stadt Bergisch Gladbach *0293/2026*

Frau Meinhardt äußert, dass die Stellungnahme des Landesamts sehr interessant sei und man einige Anregungen umsetzen sollte. Sie frage sich, wie die Stadtverwaltung mit dem Fazit umgehe und insbesondere mit der Anregung oberflächennahe Geothermie mehr in den Fokus zu setzen. Das damals geprüfte Potenzial sei hierfür eher im Ergebnis niedrig gewesen.

Frau Russell antwortet, dass das Landesamt die theoretischen Potenziale der Geothermie für das gesamte Land NRW darstelle. Das Potenzial für die Stadt Bergisch Gladbach sei gering. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie prüfe man allerdings trotzdem, ob Geothermie möglich sei. Es gebe momentan bei der Paffrather Mulde vom geologischen Dienst eine Probebohrung. Hierbei werde bis zu 1000 Meter tief gebohrt, um Potenziale zu überprüfen.

Frau Meinhardt fragt an, wo genau die Probebohrung sei.

Frau Russell antwortet, dass das Gebiet nicht sehr groß sei, aber die Bohrung sehr tief. In dem Gebiet würden geologische Schichten so übereinander liegen, dass man ein geothermisches Potenzial gut überprüfen könne durch eine Probebohrung.

Herr Waldschmidt äußert, dass vergangene Prüfungen zu dem Ergebnis gekommen seien, dass Bergisch Gladbach ein geringes Potenzial für Geothermie habe.

Herr Henkel äußert, dass der vorgelegte Bericht aus August 2025 sei. Er fragt an, warum dieser erst jetzt zur Verfügung gestellt werde. Er fragt außerdem an, in welchen zeitlichen Abständen es Stellungnahmen des Landesamtes geben würde.

Frau Russell antwortet, dass diese Stellungnahme bei Erstaufstellung der Wärmepläne erstellt werde. Eine erneute Stellungnahme werde es im Rahmen der Fortschreibung im Jahr 2029 geben.

Herr Migenda erläutert, dass er die Frage, warum der Bericht aus August 2025 erst jetzt vorgelegt worden sei, im Nachgang beantworten müsse. Er geht davon aus, dass dies aufgrund des Personalwechsels der Fall sei.

Herr Cremer fragt an, ob in der Stellungnahme schon das neue Gesetz einbezogen sei.

Herr Migenda antwortet, dass das alte Gesetz noch gültig sei und das neue Gesetz momentan in der Vorbereitung sei.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7. **Änderung der Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergische Gladbach Teil II: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kinder im 6. - 10. Lebensjahr**
0094/2026

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die beigefügte Neufassung der Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach, Teil II: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 6. – 10. Lebensjahr.

Die überarbeiteten Richtlinien treten zum 1. August 2026 in Kraft und ersetzen die bisher gültige Fassung.

8. **Änderung der Zuständigkeitsordnung, hier: § 13 Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration**
0266/2026/1

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die beigefügte Änderung des § 13 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister.

9. **Anträge der Fraktionen**

Es liegen keine Anträge der Fraktionen im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

10. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

10.1. **Schriftliche Anfragen**

10.1.1. **Schriftliche Anfrage der Bürgerpartei GL vom 23.04.2026 (eingegangen am 23.04.2026) zum Thema "Rechtswidrige Fußgängerzone Schloßstraße"**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

10.2. **Mündliche Anfragen**

Es liegen keine mündlichen Anfragen der Ausschussmitglieder vor.

Herr Kreutz schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:23 Uhr.

gez.
Marcel Kreutz
Bürgermeister

gez.
Saskia Anger
Schriftführung